

Happy(?) Birthday, Südsudan

DER JÜNGSTE STAAT DER WELT WIRD EIN JAHR ALT – WIE KOMMT DER STAATSAUFBAU VORAN?

Vor genau einem Jahr war es soweit – nach einem Referendum Anfang letzten Jahres wurde am 9. Juli 2011 die unabhängige Republik Südsudan euphorisch aus der Taufe gehoben: Der mehr als zwanzigjährige Bürgerkrieg war beendet, der Jubel in Juba war groß. Doch schon bald schlug die Aufbruchstimmung in Katastrophestimmung um: Zentrale Konfliktpunkte mit dem nördlichen Nachbarn waren ungeklärt geblieben – so etwa der genaue Grenzverlauf, die Abwicklung des Ölgeschäfts oder die Verteilung der Öleinnahmen und Auslandsschulden. Diese Fragen wirken sich bis heute destabilisierend aus.

Die Hoffnung auf eine Lösung der strittigen Angelegenheiten und eine friedliche Einigung nach der Unabhängigkeit hat sich im Jahr Eins nicht erfüllt. Stattdessen bestimmten Säbelrasseln, Rebellentätigkeiten und blutige Stammesfehden mit Tausenden von Toten die Schlagzeilen. Militärische Auseinandersetzungen um ölfreiche Grenzgebiete – die im April in Bombardements um das Ölfeld Heglig eskalierten – haben beide Staaten immer wieder an den Rand des Krieges gebracht. Aus dem Bürgerkrieg wurde ein „Fast-Krieg“ – und dieser ist inzwischen zu einem „kalten Krieg“ geworden, der beide Staaten in den Ruin zu treiben scheint.

Die Voraussetzungen für einen Staatsaufbau im Süden sind weiterhin denkbar schlecht. So überrascht es nicht, dass im ersten Lebensjahr des jungen Staates von Konfrontationen ständig, von Fortschritten hingegen kaum zu lesen war.

Staatsaufbau aus dem Nichts

Zudem gibt es nahezu nichts, worauf der Süden aufbauen könnte. Der Prozess einer Staatenbildung ist ohnehin ein langwieriger Vorgang, doch im Südsudan muss alles von Grund auf entstehen: Jahrzehnte des Bürgerkriegs haben ihre zerstörerischen Spuren hinterlassen, der Aufbau startet gleichsam bei Null. Zur beispiellos dramatischen Unterentwicklung kommen noch eine Vielzahl innenpolitischer Konflikte hinzu.

Herausforderung Nummer Eins ist der Aufbau der Infrastruktur. Eine solche ist im Südsudan so gut wie gar nicht vorhanden. Es gibt kein nennenswertes Straßennetz, nur schätzungsweise hundert Kilometer geteerte Straßen. In der siebenmonatigen Regenzeit von April bis Oktober versinken die Wege im Schlamm, Brücken werden weggeschwemmt, ganze Regionen unpassierbar und weite Landesteile des mit neun Millionen Einwohnern äußerst dünn besiedelten Landes völlig abgeschnitten. Eine funktionierende Stromversorgung gibt es nicht, Wasserzugänge müssen erst geschaffen werden. Zunehmend problematisch gestaltet sich die Abfallentsorgung in der rasant wachsenden Hauptstadt Juba – ein Konzept hierfür ist nicht in Sicht. Auch ein Gesundheits- und Bildungssystem ist nicht existent: Die Gesundheitsversorgung ist ausschließlich von externer Hilfe abhängig und die Analphabetenrate bestürzend hoch. Beinahe achtzig Prozent der Bevölkerung – unter den Frauen sind es sogar mehr als neunzig – können weder lesen, noch schreiben. Die Mütter- und Kindersterblichkeit erreicht Höchstwerte. Der Südsudan ist eines der ärmsten Länder der Welt – nicht einmal die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDSUDAN

DR. ANGELIKA KLEIN

9. Juli 2012

www.kas.de/uganda

www.kas.de

Grundversorgung seiner Bevölkerung kann der Staat garantieren. Hilfsorganisationen übernehmen diese Aufgabe und versorgen die Menschen mit dem Nötigsten. Auch die zahlreichen Flüchtlinge wären ohne ausländische Hilfe sich selbst überlassen – hunderttausende Rückkehrer aus dem Norden müssen versorgt und integriert werden. Der Staat scheint in jeder Hinsicht völlig überfordert, die nächste Nahrungsmittelkrise und humanitäre Katastrophe steht kurz bevor.

Bettelbriefe eines Präsidenten

Gleichzeitig bereichern sich die Eliten. In Juba macht sich Goldgräberstimmung breit, es regieren Dollarbündel und Wildwest, immer größere Geländewagen nehmen sich auf den engen, mit Schlaglöchern übersäten Straßen gegenseitig die Vorfahrt. Allgegenwärtig wuchert eine hemmungslose Korruption, die der Staatskasse auch den letzten Cent entzieht. Milliarden Dollar sind bereits verschwunden.

Es sind vor allem die politischen Eliten, deren Selbstbedienungsmentalität das Land ausblutet. Vor wenigen Wochen ging ein persönliches Schreiben des südsudanesischen Präsidenten Salva Kiir durch die Presse, in dem er fünfundsechzig Minister, Staatssekretäre und Regierungsbeamte aufforderte, unterschlagenes Geld an den Staat zurückzuzahlen. „Es ist ein Eingeständnis des kompletten Scheiterns und wohl einmalig in der Geschichte der modernen Regierungslehre“, schrieb das deutsche Wochenmagazin „Der Spiegel“. Rund vier Milliarden Dollar, überwiegend aus Öleinahmen, seien verloren, „oder, um es einfacher zu sagen, von ehemaligen oder derzeitigen Beamten und von korrupten Individuen mit engen Drähten zu Mitarbeitern der Regierung gestohlen worden“, so der Präsident wörtlich. Wohl nicht zufällig wählte er die „Wir-Form“, als er weiter verlauten ließ: „Wir haben für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit gekämpft. (...) Und nun, da wir an der Macht sind, haben wir offenbar vergessen, wofür wir gekämpft haben und stattdessen selbst die Taschen gefüllt zu Lasten unserer Leute“ (Sudan Tribune, 5. Juni 2012). Ob er auch selbst zu den Ein-

sichtigen gehören wird, die auf ein hierfür eigens eingerichtetes Konto in Kenia Teile des Geldes zurücküberweisen, wird wohl ein Geheimnis bleiben: Vertraulichkeit und Amnestie sind die Belohnung, strafrechtliche Verfolgung ist nicht zu befürchten. Der verschwundene Betrag entspricht im Übrigen etwa der Summe, die die internationale Gemeinschaft bisher für den Wiederaufbau des Landes ausgegeben hat.

Der Ölhahn ist zuge dreht

Das gravierende Defizit wird zudem nicht durch Einnahmen aufgefangen, denn der Ölhahn ist zu: Aufgrund von Streitigkeiten mit dem Norden hatte der Süden Anfang des Jahres die Produktion eingestellt. Das Zerwürfnis entzündete sich an Transitgebühren: Im Südsudan liegen drei Viertel der Ölquellen, im Norden hingegen der einzige Ölhafen und die gesamte Infrastruktur. Der Norden ist auf das Öl des Südens angewiesen, der Süden auf den Export durch den Norden, doch gab es keine Einigung über die Gebühren für die Pipeline: der Süden zeigte sich nicht bereit, den horrenden Zahlungsansprüchen des Nordens Folge zu leisten. Letzterer „entschädigte“ sich kurzerhand selbst, indem er Öl im Wert von mehr als achthundert Millionen Dollar einbehält. Daraufhin bezichtigte der Süden den Norden des Diebstahls und stoppte – unter dem Jubel des Parlamentes und allen internationalen Warnungen zum Trotz – schlichtweg den Export.

Ein Jahr nach seiner Gründung steht der Südsudan vor dem Bankrott

Es war ein Schnitt ins eigene Fleisch: 98 Prozent der Staatseinnahmen (rund zwei Milliarden jährlich) stammen aus dem Erdölverkauf. Diese Einnahmen bleiben nun aus. Berechnungen der Weltbank zufolge müssten die Währungsreserven noch in diesem Sommer zu Ende gehen. Steuereinnahmen von weniger als zwei Millionen Dollar sind dabei ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Wirtschaft steuert unaufhaltsam dem Kollaps entgegen.

Die desolante Lage im Land spiegelt dies wider – die Preisspirale schraubt sich immer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDSUDAN

DR. ANGELIKA KLEIN

9. Juli 2012

www.kas.de/uganda

www.kas.de

weiter in die Höhe, Inflation grassiert, der Treibstoff geht aus. Wo überhaupt noch erhältlich, kostet der Liter Benzin inzwischen über sechs Dollar. „Unabhängig in die Pleite“ lauten die Kommentare zum ersten Jahrestag. Und: „Arm trotz Öl“.

Dabei ist der Südsudan ein reiches Land, auch über seine Ölvorkommen und Bodenschätze wie Gold, Eisen und Marmor hinaus: Über 90 Prozent der Böden gelten als fruchtbar, hinzu kommt eine Fülle an Wasser und Fisch. Dennoch reicht es nur zur Subsistenzwirtschaft: Aufgrund des Mangels an Bewässerungsanlagen und Strom, vor allem aber Transportwegen und somit Exportmöglichkeiten, gestaltet sich der Aufbau einer funktionierenden Agrarwirtschaft schwierig. Die prekäre Sicherheitslage – begleitet von tribalen, mit Kleinwaffen getragenen Konflikten um Weideflächen und fruchtbares Land – gefährdet die Stabilität, die für eine effektive Landwirtschaft von Nöten wäre. Unklare Landrechte, Rechtsunsicherheit, „Landgrabbing“ und Korruption gesellen sich hinzu. Durch den Mangel an zentralen Verwaltungsstrukturen kommt es immer wieder zu Mehrfachbesteuerungen, die die Erlöse aus der Landwirtschaft weiter schmälern.

Die Diversifizierung der Wirtschaft wurde verpasst

Die Problemlage ist komplex und Lösungsansätze sind nicht in Sicht, zu sehr ist der Staat auf Erdöl fokussiert und mit der destabilisierenden Wirkung des andauernden Grenz- und Verteilungskonflikts mit dem Nordsudan beschäftigt. Die Diversifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung wurde verpasst, der Staat ist von den Öleinahmen abhängig. Um zumindest vom Norden unabhängig zu werden, wird nach alternativen Fördermöglichkeiten gesucht: Ein ambitioniertes Megaprojekt mit der Bezeichnung „Lamu Port-Southern Sudan-Ethiopia Transport Corridor Project“ (Lapsset) soll eine Pipelinerroute vom Südsudan durch Kenia und Äthiopien nach Lamu an den indischen Ozean bringen, Hochleistungsstraßen und Eisenbahnlinien inklusive. Auf der kenianischen Fischerinsel soll gleichzeitig eine riesige Hafenanlage mit eigener Erdölraffinerie

entstehen. Die Kosten des Baus betragen etwa fünfundzwanzig Milliarden USD, dessen geschätzte Dauer dreißig bis vierzig Jahre. Die Finanzierung ist jedoch nach wie vor unklar, auch gefährden hohe Umweltauflagen und das Sicherheitsrisiko zur somalischen Grenze die Durchführung des Projekts. Zudem wird hinterfragt, ob eine eigene Pipeline für den Südsudan überhaupt rentabel ist. Und aufgrund des drohenden Bankrotts verbieten sich Investitionen derzeit ohnehin.

Wo bleibt die Politik?

Bei all dem – was macht die Regierung? Die Rahmenbedingungen für den Staatsaufbau zu schaffen ist ihre Aufgabe. Doch auch hier ist Aufbauarbeit zu leisten, die Wandlung von einer Befreiungsarmee zu einer regierenden, Verantwortung übernehmenden Organisation ist noch lange nicht vollzogen. Seit Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens von 2005 wird der Südsudan faktisch von der SPLM regiert: zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hielt der politische Arm der SPLA neunundzwanzig von zweiunddreißig Ministerialämtern, 94% der Abgeordnetensitze und neun von zehn Gouverneursposten inne. Doch der Buschkrieg hat kämpfen und nicht regieren gelehrt – den ehemaligen Militärs fehlt es an Expertise und einem Programm. Auch Parteistrukturen sind kaum vorhanden. Vielmehr erscheint die Partei als Sammelbecken verschiedener rivalisierender Kräfte, deren Interessen und vorrangiges Ziel die Kontrolle über Ressourcen zu sein scheint.

An der Spitze der Macht stehen Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar, sie bilden das Entscheidungszentrum des neuen Staates und versuchen, die rivalisierenden Gruppen innerhalb der SPLM in den Griff zu bekommen und für Stabilität und Balance zu sorgen. Dabei ist der Einfluss des Parlaments auf die Gesetzgebung minimal. Klientelismus ist der Hauptgrund und das entscheidende hindernde Strukturmerkmal der südsudanesischen Politik: die Militärangehörigen sind der Meinung, sich nach jahrzehntelangem Kampf um die Unabhängigkeit eine gute Position im öffentlichen Dienst verdient zu haben. Um Span-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDSUDAN

DR. ANGELIKA KLEIN

9. Juli 2012

www.kas.de/uganda

www.kas.de

nungen und parteiinternen Konflikten vorzubeugen, werden sie von Präsident Kiir in den Staatsapparat eingebunden, denn insbesondere hochrangige Milizenführer stellen aufgrund der prekären Sicherheitslage ein nicht einzuschätzendes Gefahrenpotential dar. Der Bürgerkrieg hat die Menschen geprägt und Denkmuster von Freund und Feind zementiert. Eine gewisse „Kriegermentalität“ zeigt sich auch in der Politik, der Aufbau demokratischer Strukturen und eines Mehrparteiensystems steckt noch in den Kinderschuhen.

Auch ethnische Zugehörigkeit und Stammesidentität stehen letzterem im Wege. So wird kritisch gesehen, dass durch die SPLM/A, die zu Zeiten des Bürgerkriegs maßgeblich von der Gruppe der Dinka dominiert war, diese auch weiterhin den politischen Apparat bestimmen. Andererseits sind auch die Dinka keineswegs als homogene Entität zu sehen, sondern – wie auch andere konkurrierende ethnische Einheiten (Nuer, Murle u.a.) in diverse Clans und Stämme unterteilt, die nicht immer mit einer Stimme sprechen.

Opposition auf programmatischer Basis ist nicht in Sicht

Gespalten und stark diversifiziert ist auch die politische Opposition. Nicht minder „Klientelismusanfällig“ ist auch sie entlang tribaler und ethnischer Linien entzweit. An Parteistrukturen oder einem überzeugenden, systematischen Programm mangelt es ebenfalls. Reformkräfte und Alternativentwürfe sind unter den oppositionellen Gruppen kaum zu finden, vielmehr Partikularinteressen und eine Haltung des „dagegen“. Außer der SPLM-DC, einer Abspaltung der SPLM, verliert sich die Opposition zudem in einer Vielzahl von Gruppierungen, von denen nicht sicher ist, welche die Bezeichnung „Partei“ überhaupt verdient. Ein neues Parteiengesetz soll Licht in die Konstellationen bringen: Seit dem 28. Februar 2012 müssen sich Parteien als solche registrieren lassen. Hierzu muss eine Satzung vorlegt sowie der Nachweis über je fünfhundert Mitglieder in mindestens acht südsudanesischen Bundesstaaten erbracht werden. Diese Auflage dient dazu, eine Parteienbildung auf der

Grundlage ethnischer Strukturen zu verhindern.

Über Nacht zum Beamten

Eine weitere dringliche Aufgabe ist der Ausbau des Verwaltungssystems. Der Großteil des Landes wurde von traditionellen Herrschern regiert, öffentliche Verwaltung war unbekannt. Doch mit seiner Gründung brauchte der Staat plötzlich Beamte. Diese werden nun von internationalen Organisationen geschult. Unterstützung staatlicherseits ist hierfür begrenzt, die Konzentration gilt nach wie vor der Region um Juba. Föderale Institutionen werden zwar gefördert, besitzen aber kaum finanzielle Mittel und politische Eigenständigkeit. Einem Bericht des Sudd Research Instituts zufolge fließen lediglich 16% des nationalen Budgets in die Kassen der zehn Bundesstaaten, während 84% der Gelder in Juba bleiben (vgl. Sudan Tribune, 24.05.2012). Während des Bürgerkrieges setzte die SPLM/A zudem weitestgehend auf die Stammeshäuptlinge, um Nahrung und Rebellen für die Armee zu rekrutieren, Steuern einzuziehen und Rechtsprechung zu besorgen. Mit der gesetzlichen Regelung aufgrund des Local Government Act von 2009 sind diese nun offiziell semi-autonome Autoritäten auf lokaler Ebene, die in den Provinzen nach wie vor für Recht und Ordnung sorgen – oder für das Gegenteil.

Militarisierung als Gefahrenpotential

Die strukturellen Sicherheitsprobleme werden hierdurch verstärkt: durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg sind Kleinwaffen weit verbreitet, eine Entwaffnung gestaltet sich schwierig. Die Polizei gilt als schlecht ausgebildet, brutal und bestechlich. Sie besteht überwiegend aus ehemaligen SPLA-Kämpfern, deren Verhalten irregulären Milizen ähnelt und die eher als Unsicherheits-, denn als Sicherheitsfaktor wahrgenommen werden. Für die zivile Bevölkerung stellen sie ein hohes Gefahrenpotential dar, Menschenrechtsverletzungen stehen an der Tagesordnung. Anstalten, Polizei und Militär ziviler Kontrolle zu unterwerfen, sind bisher kaum zu erkennen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDSUDAN

DR. ANGELIKA KLEIN

9. Juli 2012

www.kas.de/uganda

www.kas.de

Auch das Militär entbehrt einer klaren Befehlsstruktur. Zudem sollte nach internationaler Einschätzung die Armee langfristig geschwächt werden, um die enormen Ausgaben zu reduzieren und die notwendigen Schritte zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung in Gang zu bringen. Aufgrund der prekären Sicherheitslage, auf die sie verweist, ist die Regierung hierfür aber nur schwer zu gewinnen.

Weder Rechtsstaat, noch Mediengesetze

Auch für den Rechtsstaat ist noch viel zu tun. Die überwiegend willkürliche Rechtsprechung wird von einer Vielzahl formeller und informeller Institutionen ausgeübt, deren Verhältnis untereinander ungeklärt ist. Ein zentrales Rechtssystem existiert bis dato nicht. Ebenso wenig sind Mediengesetze in Sicht. Journalisten arbeiten rechtlich in einem Vakuum, was zu willkürlichem Umgang und Übergriffen durch Sicherheitskräfte verleitet. Anlässlich des ersten Jahrestages veröffentlichte die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ einen Bericht über die Medienfreiheit im Südsudan, wonach das jüngste Land der Welt auf Platz 111 von 179 und damit am Scheideweg zwischen Repression und Freiheit anzusiedeln sei. Wohin das Pendel künftig ausschlagen wird, bleibt abzuwarten. Dem Bericht zufolge nehmen Repressionen und Selbstzensur eher zu, zumal der Schaffung der dringend notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingung keine Priorität zuzukommen scheint.

Kein Staat ohne Verfassung

Die größten Bemühungen gelten derzeit einer Verfassungsreform. Nachdem im Südsudan mit der Unabhängigkeit zunächst eine vorübergehende Staatordnung in Kraft trat, laufen seit dem 9. Januar dieses Jahres die Vorbereitungen für eine endgültige Verfassung auf Hochtouren: Ein Jahr soll die aus vierunddreißig Sachbearbeitern zusammengesetzte „National Constitutional Review Commission“ Zeit haben, einen entsprechenden Entwurf zu erarbeiten. Bei der Eröffnungszeremonie für den Startschuss betonte Präsident Kiir die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und politischer Partizipation für die künftige Staatsordnung.

Auf Druck von NGOs befinden sich mittlerweile sechs Akteure der Zivilgesellschaft in der Kommission, um die neue Verfassung aktiv mitzugestalten. Ein hierzu gegründetes „Civil Society Resource Team“ (CSRT) versucht dabei, durch Dialogveranstaltungen in den Gemeinden die Vorstellungen und Erwartungen der Bevölkerung diesbezüglich in Erfahrung zu bringen und sie mit einfließen zu lassen.

Doch wie weit ist die Bevölkerung überhaupt in der Lage oder auch willens, sich mit dem neuen Staat zu identifizieren und sich in dessen Aufbau einzubringen? Denn nicht nur in der politischen Klasse erfolgt die Identifikation primär über die Ethnie, auch generell gelten Loyalitäten zunächst dem Stamm. Nation ist bisher kaum mehr als ein abstrakter Begriff.

Kein Staat ohne Nation

Eine weitere große Herausforderung wird darin bestehen, eine nationale Identität aufzubauen. Kein „state building“ kann ohne „nation building“ gelingen, denn um den Staatsaufbau voranzutreiben, bedarf es der Motivation. Doch die ethnische Diversität ist im Südsudan sehr groß, der erwähnte Tribalismus äußerst ausgeprägt und Einheit in der Vielheit kaum gegeben. Im Südsudan leben mehr als sechzig verschiedene kulturelle und sprachliche Gruppen, die teilweise miteinander verfeindet sind. Archaische Stammesfehden um Rinder, die nicht nur als Statussymbol gelten, sondern auch wichtigste Einkommensquelle und Zahlungsmittel sind, uralte Konflikte um Viehdiebstahl und Weideplätze brechen nun wieder auf, seit vom gemeinsamen Feind im Norden nicht mehr in Schach gehalten. Die südsudanesischen Nationalidentität basiert vor allem auf Abgrenzung und ist durch jahrzehntelange gemeinsame Kriegserfahrung geschmiedet. Doch trotz des Stolzes und eines ausgeprägten Patriotismus mit Blick auf den langjährigen Kampf um die Freiheit steht nach wie vor die ethnische Identität im Vordergrund, wie die vielen seit der Unabhängigkeit gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen zeigen. Ein gemeinsames Wertegerüst, eine nationale Identitätsgrundlage ist dringend vonnöten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDSUDAN

DR. ANGELIKA KLEIN

9. Juli 2012

www.kas.de/uganda

www.kas.de

Vom Staat könnte sie durch Leistungen mit Identifikationspotential geschaffen werden: Errungenschaften, auf die man als Bürger stolz sein und mit denen man sich identifizieren kann. Doch der Weg dahin ist weit, bemerkte unlängst auch Jok Madut Jok, Kulturminister des Südsudan, und wird noch Generationen dauern: „Countries are not born, they are made“.

Nicht ohne die Frauen

Anstrengungen gibt es mit Blick auf die Rolle der Frauen, um deren traditionelle, im Südsudan besonders ausgeprägte Benachteiligung zu überwinden. Die Bemühungen kommen nicht nur von zivilgesellschaftlicher, sondern auch von staatlicher Seite. So hat die neue Regierung eine gesetzliche Frauenquote von 25% für alle Ministerien und staatliche Institutionen in der Verfassung festgeschrieben. Ein Ministerium für Gender, dem selbstverständlich eine Frau vorsteht, soll zudem dafür sorgen, dass Frauen beim Staatsaufbau mit einbezogen werden. Auch dies ist in einer entsprechenden Resolution festgehalten. Unter den zivilgesellschaftlichen Gruppen ist die Südsudanesische Gesellschaft für Anwältinnen hervorzuheben, die auf die Unterzeichnung internationaler Abkommen sowie die Verabschiedung von Gesetzen zum Schutz der Frauen hinarbeitet. Die aktuelle Rechtslage begünstigt das Gewohnheitsrecht, das sich mit internationalen Menschenrechten nicht vereinbaren lässt und auf Männer ausgerichtet sei, so die Organisation.

Erste Erfolge sind in der Schulbildung zu verzeichnen: Das Bildungsministerium verkündete unlängst, dass mehr Mädchen als Jungen in der Grundschule eingeschrieben seien.

Letztendlich noch eine erfreuliche Nachricht vom Sport: Im Mai 2012 wurde der Südsudan als 209. Mitglied in den Fußball-Weltverband FIFA aufgenommen. Denn eine Nationalmannschaft gehört zu einem Staat schließlich dazu.

Krisenmanagement statt Staatsaufbau

Die Erfolgsmeldungen halten sich ansonsten in Grenzen. Der Südsudan ist noch zu sehr mit Krisenmanagement, statt mit langfristigem Verwaltungsaufbau und Politikgestaltung beschäftigt und wird auf absehbare Zeit ein schwacher Staat bleiben. Werden die Verhandlungen mit dem Norden nicht bald wieder aufgenommen und in konstruktive Bahnen gelenkt, droht aus dem schwachen ein gescheiterter Staat zu werden.